

Reichtum hinter dem Schleier: Warum die Ungleichheit unterschätzt wird

Wie groß der Reichtum am oberen Ende der Verteilungsskala genau ist, lässt sich mangels verlässlicher Erhebungen kaum sagen. Sicher ist aber, dass der Abstand zwischen Arm und Reich wächst – was auf die Wirtschaft destabilisierend wirkt.

Große Ungleichheit ist nicht nur aus sozialer Sicht problematisch, sondern auch keine gute Voraussetzung für eine solide Wirtschaftsentwicklung: Einkommensschwache Haushalte und eine Mittelschicht mit stagnierenden Einkommen können nicht so viele Güter kaufen, wie für Vollbeschäftigung nötig wäre. Investitionen in neue Maschinen und Gebäude erscheinen deshalb nicht rentabel. So legen die Reichen ihr Geld eher an den Finanzmärkten an. Dieser „Überersparnis“ steht eine zunehmende Verschuldung unterer und mittlerer Einkommensklassen oder des Auslands gegenüber, erklären die IMK-Forscher Jan Behringer, Thomas Theobald und ihr Ko-Autor Till van Treeck, Professor an der Universität Duisburg-Essen.*

In beiden Fällen handele es sich nicht um nachhaltige Wirtschaftsmodelle. So sähen viele international führende Ökonomen die wachsende Ungleichheit als eine wesentliche Ursache für die große Rezession von 2008 und 2009. Daher sollte die Politik die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung genau beobachten, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Allerdings ist das leichter gesagt als getan. Denn die Datengrundlage ist dünn – besonders am oberen Ende der Verteilung. „Gewichtige Indizien“ sprechen dem IMK zufolge dafür, dass die wirtschaftliche Ungleichheit in Deutschland meist unterschätzt wird.

Das liegt zum Teil in der Natur der Sache und zum Teil an der gegenwärtigen Politik. Während sich der Umfang der Armut oder die Zahl der Besserverdiener mit groß angelegten Befragungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) gut abbilden lässt, ist der extreme Reichtum schwer messbar. Denn er konzentriert sich auf eine sehr kleine, auf Diskretion bedachte Personengruppe, die von Bevölkerungsumfragen kaum erfasst wird. Selbst wenn es gelänge, Millionärs- und Multimillionärshaushalte repräsentativ zu erfassen, wäre fraglich, ob die Betroffenen ihr Einkommen und Vermögen korrekt angeben würden.

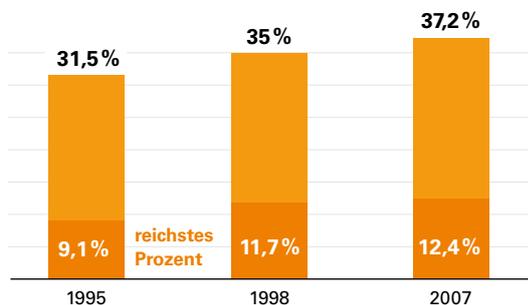
Verlässliche Informationen dürften sich eher aus Steuerstatistiken ablesen lassen, so die Wissenschaftler. Aber hier fehle es an aktuellen Zahlen: Die vom französischen Ökonomen Thomas Piketty und anderen auf Basis von Steuerdaten generierte World Top Incomes Database (WTID) nennt für Deutschland zuletzt Werte von 2007. Und auch eine Fortschreibung wird kein vollständiges Bild liefern: Weil hierzulande **keine Vermögensteuer** mehr erhoben wird, haben auch die Finanzämter den Überblick über die Besitztümer der Superreichen verloren. Selbst bei den laufenden Einkommen ist die Zuordnung zu einzelnen Personen oft nicht möglich. Denn seit Einführung der pauschalen **Abgeltungssteuer** brauchen die meisten Kapitalerträge nicht mehr in der persönlichen Steuerklärung aufgeführt zu werden.

Die unterschiedlichen Methoden liefern nicht nur unzureichende, sondern zum Teil auch widersprüchliche Daten über Entwicklungen im höchsten Einkommenssegment. So weisen Analysen mit dem SOEP in den 2000er-Jahren eine Zunahme der Ungleichheit aus. Dagegen konnten die höchsten Einkommensgruppen ihren Anteil am Kuchen laut WTID in Deutschland – anders als in den USA – kaum steigern.

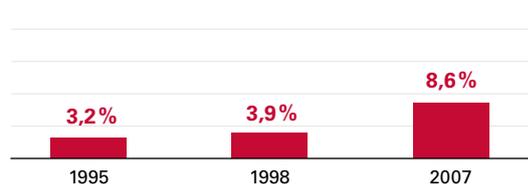
Das muss aber nicht heißen, dass der Prozess der Polarisierung zum Stillstand gekommen ist, betonen die IMK-Forscher. Sie vermuten vielmehr, dass die eher verhaltene Ausschüttungspolitik der Unternehmen in Deutschland die **Zunahme des privaten Reichtums verschleiern**. Angesichts fallender Lohn- und entsprechend steigender Gewinnquoten

Die Reichen werden reicher

Von den privaten Einkommen* flossen an das reichste Zehntel aller Haushalte ...



Dazu kommt der größte Teil der einbehaltenen Gewinne. Gemessen an den privaten Einkommen betragen sie ...



* vor Steuern; Quellen: Ameco, WTID; Berechnungen IMK 2014
© Hans-Böckler-Stiftung 2014

sei eine weitere Zunahme der Ungleichheit in Deutschland mehr als wahrscheinlich. Dies habe sich in den vergangenen Jahren aber nicht in den persönlichen Einkommen der Superreichen niederschlagen, weil das Geld häufig noch in den Unternehmen steckt. Anders als in den USA, wo größere Teile der Gewinne direkt an Aktionäre und Topmanager ausgezahlt wurden. Die einbehaltenen deutschen Unternehmensgewinne, argumentieren die Wissenschaftler, seien jedoch letzt-

lich den reichsten Haushalten zuzurechnen. Schließlich sind sie die größten Anteilseigner oder Firmeninhaber.

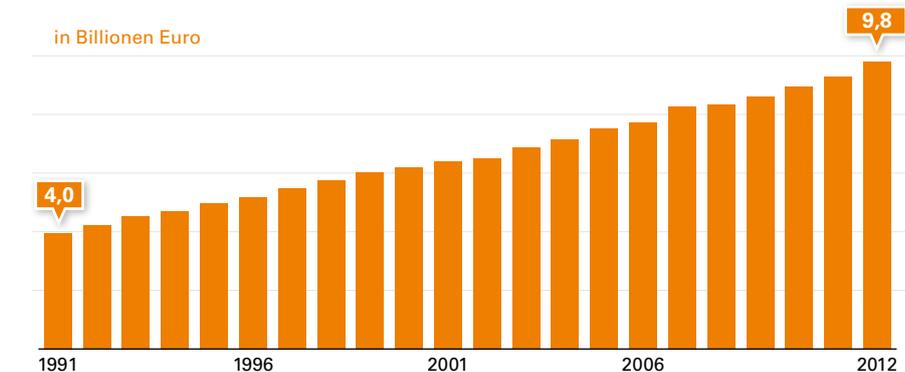
Das SOEP lässt in der jüngeren Vergangenheit zwar eine zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen erkennen. Bei den Vermögen hat sich der Statistik zufolge jedoch wenig getan. Allerdings ist dieser Befund laut IMK-Analyse nicht recht plausibel. So hat das Betriebsvermögen nach Angaben der befragten Haushalte zwischen 2002 und 2012 sogar abgenommen, was nicht mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung übereinstimmt. Jedenfalls sei – auch im Einklang mit den Forschungsergebnissen von Piketty – viel eher damit zu rechnen, dass wachsende Ungleichheit bei den Einkommen auch zu mehr Ungleichheit bei den Vermögen führen wird. Mehr noch: Weil Bezieher hoher Einkommen mehr sparen können und die Kapitalrendite erfahrungsgemäß häufig über der Wachstumsrate der übrigen Einkommen liegt, könne man beinahe sicher mit einem weiteren Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich rechnen.

Hier gelte es gegenzusteuern, mahnen Behringer, Theobald und van Treeck. Immerhin habe die Politik den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und makroökonomischer Instabilität in früherer Zeit schon einmal verstanden: „In den

USA etwa erhöhte der Wealth Tax Act als Teil des New Deal von Präsident Franklin D. Roosevelt und als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 79 Prozent.“ In Deutschland wären nach Auffassung der Forscher heute zumindest die Wieder-

Vermögen: Stetiges Wachstum

So entwickelte sich das private Nettovermögen in Deutschland ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

eingührung der Vermögensteuer sowie die Abschaffung der Abgeltungssteuer geboten. Kapitalerträge würden dann nicht mehr pauschal, sondern progressiv – mit dem persönlichen Einkommensteuersatz – besteuert. ◀

* Quelle: Jan Behringer, Thomas Theobald, Till van Treeck: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht, IMK-Report 99, Oktober 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

MITBESTIMMUNG

Selbst entscheiden motiviert

Wer im Job mitbestimmen darf, ist produktiver. Darauf deutet ein ökonomisches Experiment hin.

Aus theoretischer Sicht spricht einiges dafür, dass Demokratie am Arbeitsplatz nicht nur Beschäftigten, sondern auch Arbeitgebern zugutekommt: Mitsprache sollte die Motivation und damit Leistung und Produktivität von Arbeitnehmern erhöhen, schreiben Philip Mellizo vom College of Wooster in Ohio sowie Jeffrey Carpenter und Peter Hans Matthews vom Middlebury College in Vermont. * Inwieweit diese Vermutung zutrifft, haben die US-Ökonomen experimentell untersucht. Der Vorteil dieser Vorgehensweise: Anders als bei Auswertungen von Unternehmensdaten, bei denen immer zahlreiche Faktoren zusammenspielen, lässt sich der gesuchte Effekt in einem Labor-Experiment leicht isolieren. Deshalb haben sich experimentelle Untersuchungen auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung etabliert.

Die 180 Versuchsteilnehmer wurden zufällig in Dreiergruppen eingeteilt und mussten als „Arbeitsleistung“ fünf Minuten lang Rechenaufgaben lösen. Für jedes korrekte Ergebnis bekamen die Gruppen einen Drittel Dollar gutgeschrieben. Die Aufteilung der Gewinne innerhalb der Grup-

pen erfolgte nach zwei verschiedenen Vergütungssystemen. Die Summe wurde entweder durch drei geteilt – oder die Auszahlung entsprach einer Turnierlogik: Derjenige mit den meisten richtigen Lösungen erhielt 60, der Zweitbeste 30, der Dritte 10 Prozent. Welches Entlohnungsschema zur Anwendung kam, wurde bei der Hälfte der Gruppen zufällig festgelegt. Die andere Hälfte konnte per Mehrheitswahl darüber abstimmen, hatte also Entscheidungsrechte. Dabei zeigte sich, dass diejenigen, die mitbestimmen konnten, mehr Anstrengung an den Tag legten und effektiver waren: Wenn alle übrigen Einflüsse herausgerechnet werden, erhöht die Wahlmöglichkeit die Zahl der gelösten Aufgaben um 7 Prozent und die Zahl der korrekt gelösten Aufgaben um 9 Prozent. Damit sei der Effekt keineswegs unerheblich, urteilen die Forscher. ◀

* Quelle: Philip Mellizo, Jeffrey Carpenter, Peter Hans Matthews: Workplace democracy in the lab, in: Industrial Relations Journal 4/2014
[Mehr Information unter boecklerimpuls.de](#)